

Antrag A11

Antragssteller*innen: Linksjugend [solid] Berlin, SDS Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Kein Raum für die Bundeswehr:

2 Bildung und öffentlichen Raum verteidigen!

Die Linke Berlin setzt sich auch weiterhin dafür ein, die Bundeswehr und Werbung für die Bundeswehr nachhaltig aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Sie erneuert ihren Beschluss „Kein Werben fürs Sterben“ und fordert:

1. Bundeswehr-Werbung im öffentlichen Raum und im öffentlichen Nahverkehr verbieten. Bestehende Werbeverträge des Landes Berlins und der landeseigenen Unternehmen, insbesondere der BVG, sollen gekündigt und keine neuen entsprechenden Verträge mehr abgeschlossen werden.

2. Die Linke Berlin setzt sich für die Verteidigung bestehender Zivilklauseln ein und unterstützt Kräfte, die sich für Einführung an weiteren Universitäten einsetzen.

3. Anwerbung zum Soldatentum durch die Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie Arbeitsämtern und Jobmessen gesetzlich zu verbieten und nicht zuzulassen, dass die Bundeswehr über außenpolitische Konflikte an Schulen unterrichten darf. Auf Berufsmessen und anderen Berufs- und Ausbildungsveranstaltungen soll eingewirkt werden, keine Werbung der Bundeswehr zuzulassen.

16

Begründung:

Der Ausruf des Verteidigungsministers der SPD, Boris Pistorius, dass wir „kriegstüchtig“ werden sollen, ist nicht als Debattenbeitrag, sondern als Auftrag und Ziel zu verstehen. Während die Bundeswehr auf Plattformen wie YouTube, TikTok und bei Videospielemessen mit Rekrutierungsabsicht wirbt, wurden zuletzt auch Modelle zur Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert, wobei bereits Einladungen zur Musterung an junge Menschen verschickt wurden – bislang jedoch noch auf freiwilliger Basis. In Bayern wurde bereits das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“ verabschiedet. Mit dem Gesetz werden Schulen zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verpflichtet und Zivilklauseln an Hochschulen verboten. Staatsminister Florian Hermann (CSU) ist der Meinung, dass die Bundeswehr „in die Mitte unserer Gesellschaft“ gehöre und „auch im schulischen Bereich unter bestimmten Rahmenbedingungen sichtbar sein“ müsse. Der Kurs ist klar und er wird immer klarer: „Wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen“.

Dafür wird sich um größeren Einfluss an Schulen, Hochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen bemüht und die Militarisierung auf dem Rücken junger Menschen vorangetrieben. Schulen oder Universitäten verlieren ihren Neutralitätsanspruch und den Schutzraum der freien Lehre/Bildung. Wer nicht will, dass die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft ankommt, muss

Die Linke Berlin
9. Landesparteitag, 4. Tagung
11. Oktober 2024

34 gegen die Bundeswehr an Schulen, Universitäten und öffentlichen Räumen vorgehen. An der Seite
35 der Bundeswehr kann es keine Linke geben, die ihr nicht kritisch und konsequent entgegentritt.
36 Wir müssen theoretisch wie praktisch dagegenhalten. Dafür soll die Jugend ebenso wie unsere
37 Jugendorganisationen im Kampf gegen den verpflichtenden Einzug in die Bundeswehr unterstützt
38 werden.